

Kleine Anfrage 864

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

Qualitätssicherung in Antrags- und Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen

Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg hat in der 6. Wahlperiode den Leitfaden für das Genehmigungs- und Anzeigeverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz herausgegeben. Als wichtige Vorgabe nach den genannten Gesetzen ist die Öffentlichkeitsarbeit benannt, dennoch gibt es in der Praxis scheinbar eine Reihe von Abweichungen.

Gemäß Artikel 24 der Verfassung des Landes Brandenburg hat jeder das Recht, „sich einzeln oder gemeinschaftlich mit Anregung, Kritik und Beschwerde an den Landtag, die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften und jede sonstige staatliche oder kommunale Stelle zu wenden. Es besteht Anspruch auf Bescheid in angemessener Frist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Können Online-Konsultationen die vorgeschriebene Öffentlichkeit der Erörterungen ersetzen, wenn davon ausgegangen werden muss, dass viele Einreicher von Einwänden sowie Petenten und Hinweisgeber nicht in der Lage sind, eine Online-Konsultation zu führen?
2. Wie wird Öffentlichkeit in Erörterungs- und Abwägungsverfahren definiert und kontrolliert?
3. Dem Petitionsrecht kommt entsprechend der Verfassung Brandenburgs eine flankierende Kontrollfunktion zu; zwar stellt es selbst kein Instrument parlamentarischer Kontrolle dar, jedoch dient es als „soziales Frühwarnsystem“ und ist „Hilfe parlamentarischer Kontrolle“. Wann werden Eingaben und Hinweise an Ratsverwaltungen, Kommunen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen wie Petitionen behandelt?
4. Muss eine Eingabe, Beschwerde, Einwendung mit „Petition“ überschrieben sein, um eine inhaltliche fachliche Antwort zu erhalten?
5. In welchen Fällen steht Petenten, Einreichern von Eingaben und Einwänden keine inhaltliche Antwort zu?

6. „Wer durch öffentliche oder private Vorhaben in seinen rechtlich geschützten Interessen betroffen wird, hat das Recht auf Verfahrensbeteiligung. Dieses Recht steht auch Zusammenschlüssen von Betroffenen zu“, heißt es in Art. 21 der Landesverfassung. Wie wird daraus abgeleitet, dass Einreichen von Einwänden und Hinweisgebern keine fachlich begründete Antwort zusteht und bei Beteiligungen komplexer Genehmigungsverfahren mitunter ohne substanzielle Antwort verfahren wird?
7. Unter welchen Bedingungen sind Auslegungen und Erörterungen von Einwendungen erneut öffentlich durchzuführen?